

VWs „kriminelle Praktiken“

Über Mängel in der Kolumne „Aus dem Verlustvortrag“ hlz 11/15 – Anmerkung zur Herstellung eines notwendigen Zusammenhangs (alle Zitate S. 65)

Skandale bei Lebensmitteln, Arzneimitteln und nun bei Verkehrsmitteln sind in einer geldwertigen Konkurrenzgesellschaft keine Ausnahme. Um auf dem (Welt)Markt mit dem Produkt – hier Auto – das vorgeschossene Kapital für die Autoproduktion mit Überschuss zu realisieren, greift die zum Weltkonzern aufgestiegene Wolfsburger Firma auch zu Mitteln, die nicht dem staatlichen Regelwerk entsprechen. Das verweist darauf, dass der Produktionszweck nicht die Herstellung von Gebrauchsgegenständen ist, vielmehr diese nur Mittel sind, Mehrwert zu erwirtschaften. Der Soziologe Kühl rechtfertigt den Betrug mit dem Hinweis, „um flexibel auf Marktanforderungen reagieren zu können“ (3sat „Kulturzeit“ v. 3.11.) und wird zum Partei-gänger der Macht des abstrakten Reichtums. Der Anspruch an Wissenschaft, den Gegenstand kritisch zu hinterfragen, um herauszufinden, was er ist und welche Gründe dahinterstehen, wird nicht eingelöst.

Das Steuerrecht des Staates hält seine ‚Lieblingsbürger‘ mittels „Verlustvortrag“ elegant von Steuern frei. Was ein Mittel ist, um in der Konkurrenz trotz temporärer Gewinneinbußen wieder erfolgreich zu agieren.

Wieso leidet das „Ansehen Deutschlands in der Welt“? Materiell doch wohl eher die Millionen der gehörnten Käufer als die Nation. Und u.U. die VW AG,

die um ihre Weltmarktanteile fürchtet und in ihrem globalen Konkurrenzanliegen möglicherweise ihre Führungsansprüche schwinden sieht. Wobei der Vorstand schon angekündigt hat, wer dafür in Anspruch genommen wird: die Ware Arbeitskraft. „300 Leiharbeitern“ wurde zum Januar 16 gekündigt, weitere

**Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
(B. Brecht)**

„500 Zeitarbeiter“ erhalten nur eine Befristung „von 3 Monaten“ (focus.de, 2.12.).

Die Auskunft, dass der „Allgemeinheit durch geringere Steuereinnahmen die Verluste untergeschoben werden“, ist doch eher trivial für einen Steuerstaat. Der Hinweis, ‚der Steuerzahler komme dafür auf‘, wird je nach politischem Kalkül öffentlich eingesetzt oder nicht. Im Fall der ‚Rettung Griechenlands‘ hat die Politik diese Berechnung gezielt ihrem steuerzahlenden Volk unterbreitet, so dass das Volk die „Bild“ und „Spiegel“-Anstachelung fürs Nationalbewusstsein schnell aufgegriffen hat, dass ‚die Griechen uns auf der Tasche liegen‘, sich so die verschiedenen, disparaten sozialen Charaktere als Niedrig-Löhner, Hartz-IV-Bezieher, Marktfrau und Unternehmer über ‚Griechen-Raffkes‘ echauffieren und ‚unsere‘ Euro vor griechischer Misswirtschaft retten wollten. Umgekehrt beim

geplanten Kriegseinsatz in Syrien: mit Aufklärung-Tornados, einer Fregatte, Satelliten, Tankfliegern und ca. 1.200 Soldaten wird der Steuerzahler als ‚Zahlemann‘ nicht bemüht. „Mit der unbedingten Parteilichkeit für [die Gemeinschaft, Anm. d. V.], zu der man sich ideell zurechnet, geht notwendig die genauso unbedingte polemische Stellung gegen alles einher, was nicht [zur Gemeinschaft, Anm. d. V.], gehört, und die äußert sich nicht erst in Ausländerhass und Brandstiftung“ (Gegenstandspunkt 3/15, S. 62).

Mit der „moralischen Aufarbeitung dieser Machenschaften“ – möglich wären „schlecht“, „gewissenlos“, „sittenwidrig“ oder gar „böse“ – sind die Verhältnisse unterstellt, moralische Empörung ändert nichts. Die Moral erklärt ja nicht, sie verurteilt, anstelle der Beurteilung des Sachverhalts. Betrug ist nicht legal, in der Konkurrenz aber immer mal wieder ein Mittel neben dem legalen der Lohnsenkung und Leistungssteigerung erfolgreich das Geschäft am Markt gegen Mitkonkurrenten durchzusetzen.

Aufnahme der Flüchtlinge

Ob hochtrabende Worte wie „historische Verantwortung“ und Einordnungen wie „die Kanzlerin“ habe „genau zum richtigen Zeitpunkt das Richtige“ getan die Sache treffen? Erinnert sei an die knallharte Position A. Merkels beim Fortgang der Verarmung der Griechen, um die Kreditfähigkeit der EU zu retten. Bei der Politik, die mit Frontex die ‚Festung Europa‘ jahrelang Grenzsicherung versucht hat mit an die 25.000 Toten im Mittelmeer und jetzt einem der moralischen Höchstwerte, dem „Humanismus“, nachkommt, ist man gut beraten, den politischen Gehalt dieser Wende der herrschenden Politik nicht aus dem Auge zu verlieren. „Moralische Großmacht“ (SZ.de, 17.9.) be-

inhaltet, dass nur ein Staat, der der Wachstumsmotor der EU ist, über die Macht und den Geldreichtum durch seine nationalen und globalen Wachstumserfolge verfügt, die Neudefinition der Flüchtlingspolitik auch praktisch umsetzen zu können. Zeigt die Politik jetzt ihr menschliches Antlitz? Ja, das ist nicht zu bestreiten! Kurz darauf verschärft die deutsche Regierung das Asylrecht und Seehofer nimmt die Masseneinwanderung zum Anlass, das „härteste Asylrecht aller Zeiten“ anzukündigen. Die Kategorisierung deutscher Politik nach Ländern, durch die die Flüchtlingsströme ziehen, nach „Herkunfts-, Transit- und Zieländern“ (bmvg.de, 2010) und die Kennzeichnung als „sicherer Drittstaat“ verweisen auf deutsche Zuständigkeit, andere Nationen in und außerhalb der EU dazu anzuhalten, die „Flüchtlingskrise“ im deutschen Sinne zu bewältigen - bisher noch ergebnislos; z. B. lehnen die Visegrad-Staaten der EU die Quotierung der Flüchtlinge ab und sollen bei Nichteinlenken, so Gabriel (SPD), mit „finanziellen Strafen“ belegt werden, wenn sie „keine oder nur wenige Flüchtlinge aufnehmen“ (managermagazin.de, 17.9.). Die Türkei wird mit Milliardenbeträgen bewegt, die Flüchtlingsmassen an der türkischen Grenze aufzuhalten. Sind Unmoral und Machtin-

teressen der Nationalstaaten wieder zurück? Oder steckt im Flüchtlingsrecht sowieso eine politische Kalkulation anderen Nationen gegenüber? Die Regierungsbank übernimmt mit der Forderung „Fluchtursachen bekämpfen“ (bmz.de) eine Forderung von Linken. Nur welche „Fluchtursachen“ will die Politik „bekämpfen“? Deutschland als Führungsmacht der EU mit seiner ökonomischen Vormachtstellung ist doch einer der Nutznießer der globalen Geschäftemacherei, was zum Verlust der wenigen Einkommensmöglichkeiten in vielen Ländern geführt hat. Dazu die desaströsen Folgen der Kriege durch die NATO oder andere Bündnisse. Flüchtlingsströme regulieren hat dann den Inhalt: Fluchtwege kappen, Lagerleben zumindest aushaltbar machen und unliebsame Staaten mittels Gewalt eine Herrschaft gemäß westlichen Werten (Freiheit wie die Pressefreiheit etc., Menschenrechte) zu verabschieden. Not ist also nicht gleich Not! Was ist da existenzieller: nicht gewährte Pressefreiheit oder Hunger leiden?

„Mögliche ökonomische Interessen“ sind nicht nur zu „vermuten“, es sind von Seiten des Kapitals und seiner Verbände in die Debatte geworfene Interessen, die die Politik aufgreift. Der CDU-Wirtschaftsrat positioniert sich, „mit der befristeten

Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn“ und fordert von den „Tarifparteien“, in den Tarifverträgen „rasch reduzierte Einstiegsgehälter für Flüchtlinge zu(zu)lassen“ (www.faz.de, 29.9.). Der Chefideologe des ifo-Instituts Sinn gibt sich radikaler: eine „neue Agenda 2010“ muss her, sein „Geschäftsmodell für Geringqualifizierte“ wird erst dann „rentabel, wenn der Lohn für einfache Arbeit fällt.“ Dazu ist der „Mindestlohn abzuschaffen“ und das für Millionen niedrige Lohnniveau nicht nur für Migranten, sondern allgemein zu senken (www.zeit.de, 7.10.). Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank bringt den demographischen Wandel ein und errechnet, „ohne Zuwanderer würde die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland innerhalb der kommenden zehn Jahre um 4,5 Millionen sinken“ und damit „das Wirtschaftswachstum um 1,5% sinken“ (www.spiegel-online.de, 3.11.).

Welchen Gehalt haben das Flüchtlings- und Asylrecht, was steht hinter der aktuellen Flüchtlingspolitik und was sind die wirklichen Fluchtursachen? Alles Fragen, die vor der Zustimmung oder Ablehnung des so genannten „Sommermärchens“ zu klären wären.

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,
GEW-Mitglieder

Einladung zur GEWolution: Konferenz junger Gewerkschafter_innen 2016

Die zweite Konferenz junger Gewerkschafter_innen findet unter dem Titel „GEWolution: Unsere Zeit, unsere Fragen“ Pfingsten vom 14.-16. Mai 2016 in Rotenburg an der Fulda statt. Es erwarten dich spannende Diskussionen, kämpferische Fragen, kurzweilige Vorträge, Lightning Talks sowie abwechslungsreiche Workshops. Du kannst Junge Gewerkschafter_innen aus allen Bundesländern treffen, dich austauschen, vernetzen und neue Ideen finden. Für neue Aktive bietet sich die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit der GEW zu gewinnen und selbst engagiert teilzunehmen.

gew.de/gewolution (siehe Rückseite)